

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalserscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. Februar 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Der Feind im Rücken.

SPD. Die Partei des Herrn Hitler will uns bei der Präsidentenwahl amerikanisch kommen. Amerikanische Methoden, Geldmittel von amerikanischem Ausmass und vor allem amerikanischer Schwindel. So glauben sie, die Gehirne genügend einnebeln zu können, um bei der Präsidentenwahl, und wenn nicht bei dieser Gelegenheit, so doch bei der kommenden Preussenwahl aus der Giftgaswolke des Schwindels den Faschismus als Sieger emporsteigen zu lassen.

Die Kommunisten wollen bei der Präsidentenwahl und Preussenwahl den Wettlauf mit den Nazis aufnehmen. Sie wollen nicht da, wo die Nazis Gehirne einnebeln wollen, für Wahrheit und Klarheit und politische Erkenntnis sorgen, sie wollen vielmehr selbst einnebeln. Sie wollen nicht die Proletarier von Giftgaswolken und dem amerikanischen Schwindel befreien, sie wollen sie vielmehr selbst unter Giftgas setzen: nur die Fabrikmarke soll eine andere sein. Vor uns liegt ein Rundschreiben der Zentrale der KPD an alle ihre Organisationen, das in Abschrift allen organisatorischen Körperschaften bis zu den Zellen zugehen soll bzw. zugegangen ist. Das Rundschreiben gibt Anweisung zur Vorbereitung der Präsidentenwahl und der Preussenwahl, vor allem gibt es die Parolen. In diesem Punkte stellt die kommunistische Taktik eine sklavische Nachahmung der nationalsozialistischen dar: es erhält jeder versprochen, was er gerne hört und was er gerne haben möchte, ohne Rücksicht auf Realisierbarkeit, vor allem aber ohne Rücksicht darauf, ob sich die einzelnen Forderungen und Parolen miteinander vertragen oder widersprechen. Der Wettlauf im amerikanischen Schwindel kann dann beginnen.

Die beiden Parteien aber, die mit den Giftgaswolken der Schwindelpropaganda gegen die Köpfe der Wähler losziehen wollen, werden ihre Propaganda nicht gegeneinander rüsten! Sie werden vielmehr einander verschonen, so als ob sie vorher eine Art von Neutralitätsabkommen abgeschlossen hätten. Sie suchen ihre Gegner vielmehr wo anders, und beide sehen den Hauptgegner in der Sozialdemokratie. Das ist das Bemerkenswerteste an der kommunistischen Wahlparole, dass sie wie eine Unterstützung des faschistischen Ansturms gegen die Sozialdemokratie wirkt. Die Parole "Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie" wird auch in diesem Rundschreiben beibehalten und gilt als Richtschnur für den ganzen Wahlkampf. "Das Schwergewicht", so heisst es da, "liegt im Kampf gegen die SPD". Nach der Sozialdemokratischen Partei gilt der Kampf der kommunistischen Partei vor allem den christlichen Arbeitern.

Die Sozialdemokratie, die Freien Gewerkschaften und die christlichen Arbeiter, das sind die Kräfte, die sich nach dem Zusammenschluss der Harzburger Front dem Ansturm des Faschismus entgegengeworfen haben, als er einen Ueberraschungs- und Ueberrumpelungs-Sieg davontragen wollte. Das sind die Kräfte, denen das Volk und die Arbeiterschaft es verdankt, dass ihre Rechte und ihre Freiheit noch nicht unter der Knute des Faschismus ihr Leben ausgehaucht haben! Ihnen gilt der Kampf der Kommunisten. Sie werden als der Hauptfeind an-

gesehen.

Was wollen also die Kommunisten? Bilden sie sich ein, dass die Macht ihnen zufallen könnte, dass der Weg über die Sozialdemokratie hinweg zu Sowjet-Deutschland geht? Daran denken sie im Traume nicht, und sie wären Narren, wenn sie es selbst glauben wollten. Sie rennen vielmehr gegen die Sozialdemokratie als gegen das Bollwerk gegen den Faschismus an, weil sie den Faschismus an der Macht sehen wollen. Es ist die Politik der Katastrophe, die sie betreiben. Weil die deutschen Arbeiter in ihrer Mehrheit die wahnwitzigen Moskauer Rezepte ablehnen, soll ihnender Faschismus beschert werden. Aus dem Narrenglauben heraus, dass sie sich dann der KPD in die Arme werfen würden. Die deutsche Arbeiterschaft in ihrer grossen Mehrheit bedankt sich für diese Sorte von Politik, die die Freiheit und die Demokratie zerschlagen lassen will, um hinterher unter tausendfach erschwerten Umständen den Kampf um die Freiheit von vorn anzufangen. Diese wahnwitzige Politik kommt einer direkten Unterstützung der faschistischen Kräfte gleich. Nicht von ungefähr treiben die Kommunisten ihr verräterisches und verbrecherisches Spiel auch im Rückender Eisernen Front gegen die Eiserner Front als Agenten des Faschismus.

Indessen ist damit der wahre Charakter der kommunistischen Pläne noch nicht voll aufgezeigt. Sie wollen dem bürgerkriegslüsternden Faschismus direkt in die Hände arbeiten und sie geben deshalb die Parole aus, dass ihre Wahl-agitation gleichzeitig zum ausserparlamentarischen Kampfe führen müsse. Was darunter zu verstehen ist, wird sofort deutlich gemacht: sie wollen während des Wahlkampfes Teilstreiks organisieren als Hebel zu politischen Massenstreiks, Lohnstreiks mitten während des Wahlkampfes, angeblich zur Zerstörung der demokratischen Illusionen in der Arbeiterschaft. Die RGO und die Bürgerkriegs-Strategen in der Kommunistischen Partei wollen also in den nächsten Wochen Wahnsinnstänze aufführen. Sie wollen den Mechanismus in Bewegung setzen der nach dem Glauben der KPD zum bewaffneten Aufstand und zur Revolution führt. Alles das ist bedrucktes Papier - denn glücklicherweise zeigen die Ereignisse dass die deutschen Arbeiter zu klug und zu klassenbewusst sind, um in Massen auf so verbrecherische Pläne hereinzufallen. Diese Pläne aber - das ist das, was die Faschisten zur Rechtfertigung und Begründung ihrer eigenen Bürgerkriegspläne brauchen.

Die klassenbewusste Arbeiterschaft geht schweren Kämpfen entgegen. Sie wiederholt die Erfahrung, die sie im Laufe der letzten Jahre genugsam gemacht hat: Wenn die Lage ernst ist, wenn es gilt, entschlossene Front zu bilden gegen Reaktion und Faschismus, dann steht die Kommunistische Partei im Rücken der kämpfenden Arbeiterfront, dann verrät die Kommunistische Partei die Sache der Freiheit und der Demokratie! Die wahre, klassenbewusste Arbeiterschaft lässt sich dadurch in ihrem Kampf nicht beeinträchtigen. Sie fürchtet weder die Giftgaswolken der Nazis noch die Wahnsinnstänze der Kommunisten, sie wird ihre Sache gegen Beide zum Siege führen!

SPD. Paris, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wurde am Dienstag-Nachmittag die Budgetdebatte mit der Rede des Generalberichterstatters Lamoureux eingeleitet, der ein ziemlich schwarzes Bild von den Staatsfinanzen gab.

Lamoureux erklärte zunächst, dass das Defizit des Staatshaushalts des laufenden Jahres bereits 2,6 Milliarden Francs betrage und auch das neue Budget wahrscheinlich mit einem ähnlichen Defizit abschliessen werde. Die Kassenbestände des Schatzamts beliefen sich zurzeit auf 2,8 Milliarden Francs, was für die Bedürfnisse des Staates nicht ausreichend sei. Das Schatzamt werde also genötigt sein, Schatzbonds auszugeben. Die Tilgung der öffentlichen Schuld müsse herabgesetzt werden. Von 7,5 Milliarden im Vorjahre sei sie schon auf knapp 2 Milliarden Francs gesunken. Nur mit Hilfe einiger

aussergewöhnlicher Einnahme-Quellen sei es möglich gewesen, die Einnahmen und Ausgaben auszugleichen.

In der Debatte kritisierte der Sozialist Auriol die Finanzpolitik der Regierung.

SPD. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ferdinand Bender, der ein Lebensalter im Dienste der Arbeiterbewegung steht, ist an Herzmuskel-schwäche schwer erkrankt. Sein Zustand ist ernst, sodass seine Ueberführung in eine Klinik notwendig war.

SPD. Dortmund, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Dortmunder Polizeipräsident hat am Dienstag das Dortmunder SA-Heim schliessen lassen. Der erwerbslose Montagearbeiter Albrecht, der in Dortmund höchster einen Trupp Kommunisten beschoss und zwei Personen tötete, hat in der Nacht nach der Tat bis zum Sonntag morgen in dem Nazi-Heim geschlafen. Von dort ist er morgens um 10 Uhr in seine elterliche Wohnung zurückgekehrt. Ferner wurde festgestellt, dass die in der Nacht in dem SA-Heim anwesenden SA-Leute sich verabredet hatten, Albrecht ein falsches Alibi zu verschaffen und ihn der Verfolgung durch die Polizei zu entziehen.

SPD. Im Berliner Helldorf-Prozess verkündete Landgerichtsdirektor Ohnesorge am Dienstag abend das Urteil. Es ist so, wie man es nach der Prozessführung erwarten musste.

20 Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen erhielten grösstenteils wegen einfachen Landfriedensbruchs sechs Monate Gefängnis. Der Angeklagte Meede, gegen den auf schweren Landfriedensbruch erkannt worden war, erhielt eine Strafe von zehn Monaten Gefängnis. Die noch gegen zwei Angeklagte bestehenden Haftbefehle wurden aufgehoben, sämtliche von der Staatsanwaltschaft gestellten Haftanträge abgelehnt. Die Angeklagten Helldorf, der Führer der Berliner SA., Ernst, der sogenannte "Chef des Stabes" und der "Adjutant" Gewehr, die Drahtzieher des brutalen Pogroms, wurden freigesprochen! Allerdings erhielt Helldorf und Ernst wegen Beleidigung der Kaufleute Deterding und Simon 100 Mark Geldstrafe. Diese "Sühne" der Pogromrädelsführerschaft soll auf Kosten Helldorfs und Ernsts in zwei Berliner Blättern veröffentlicht werden. Der Jungstahlhelmführer Brandt, der auf dem Kurfürstendamm eine besonders üble Rolle gespielt hat, erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs vier Monate Gefängnis. Der von ihm bei der Pogromfahrt benutzte Opelwagen soll eingezogen werden. Der Angeklagte Utpott, der während der Plädoyers erkrankt war und gegen den das Verhören zuerst abgetrennt werden sollte, erhielt sechs Monate Gefängnis wegen einfachen Landfriedensbruchs und wegen Beschimpfung von Polizeibeamten 50 Mark Geldstrafe.

Der vorstehende Urteilsspruch, der nicht juristisch, sondern nur politisch gewertet werden kann, muss das bereits bestehende Misstrauen gegen die Rechtsprechung in politischen Prozessen bis zur Unerträglichkeit steigern. Dem unverständlichen Urteil entsprach die mehr als seltsame Begründung. Landgerichtsdirektor Ohnesorge wand sich wie ein Wurm, um mit einerseits und andererseits den Freispruch für Helldorf und Ernst zu motivieren. Während er auf der einen Seite durchaus die Möglichkeit zugab, dass Helldorf und Ernst von den geplanten Krawallen gewusst hätten, zog er sich auf der anderen Seite mit der Feststellung aus der Affäre, dass man den freigesprochenen Rädelsführern nicht

widerlegen könne, dass sie zum Kurfürstendamme geeilt seien, um die Krawalle zu unterbinden. Wenn sie aber die Absicht gehabt hätten, die für die Ruhe und Ordnung bestehende Gefahr zu beseitigen, so müsste man sie gleichsam als Wiederhersteller der Ruhe und Ordnung bezeichnen. Es fehlte nur noch, dass Herr Ohnesorge Nazi-Helldorf den Dank des Gerichts für seine am Kurfürstendamme im Interesse der "Ruhe und Ordnung" geleisteten Arbeit aussprach.

SPD. Paris, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Ueber die Genfer Rede Reichskanzlers Dr. Brüning, die in den Pariser Abendzeitungen in spaltenlangen Auszügen veröffentlicht wird, liegen bisher nur einige Kommentare der Genfer Berichterstatter vor, die im Grunde genommen freundlich gehalten sind. Die Berichterstatter stellen übereinstimmend fest, dass die Rede nicht viel neues enthalten habe und auf einen massvollen Ton abgestimmt gewesen sei.

Im "Journal des Débats" heisst es: "Die Rede des Reichskanzlers schien dazu bestimmt zu sein, uns an die Pforten des irdischen Paradieses zu führen. Wir sind heute aber noch weit davon entfernt. Der Reichskanzler kam vier oder fünfmal in seiner Rede auf die Notwendigkeit jener Gleichheit der Rechte in der Abrüstung zurück, die allgemein sein müsse, und er bat, endlich mit jener Tendenz Schluss zu machen, sich selbst gewisse Auslegungen der Verträge und die Möglichkeit zu sichern, seine eigenen militärischen Kräfte auszubauen, während man das anderen untersagt. Brüning hatte die Geschicklichkeit, alle seine Forderungen, die natürlich nicht von denen der deutschen Extremisten sehr abweichen, in abgeschwächte Formeln einzuwickeln. Keine dieser Formeln entfernt sich z.B. von den strikten Anwendungen des Artikels 8 des Völkerbunds-paktes."

Der Korrespondent des "Temps" telegraphiert, die Rede sei etwas in grau gehalten und kraftlos gewesen und habe ein Gemisch von allgemeinen Betrachtungen über die Notwendigkeit der Abrüstung und von einer Darlegung der traditionellen deutschen These über die Gleichberechtigung dargestellt. Alles was Brüning gesagt habe sei nicht neu, auch nicht die Feststellung, die der französischen, englischen und amerikanischen These widerspreche, dass die deutsche Delegation für den Ausgangspunkt der Arbeiten nicht den Entwurf der vorbereitenden Kommission annehmen könne.

Der Korrespondent des radikalen "Soir" berichtet: "Brüning hat den Mut gehabt, ausschliesslich für die internationale Versammlung zu sprechen, die ihm zuhörte. Und er hat die Argumente verschmäht, die ihm im innerpolitischen Kampf nützlich sein könnten, mit Ausnahme vielleicht der Anspielung auf die politischen Zahlungen. Da Tardieu und Brüning sich bereit erklärt haben, alle Vorschläge zu prüfen, kann man hoffen, dass eine Verbindung und eine Synthese im Laufe der Debatten zustandekommt. Trotz bestimmter aber begrenzter Positionen stossen die offizielle deutsche und französische These nicht mit der Gewalt aufeinander, die die Nationalisten auf beiden Seiten des Rheins erwarteten. Und das ist ein wesentlicher und beruhigender Punkt."

SPD. Mainz, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der hessische Innenminister hat die in Mainz erscheinende Monatsschrift des Stahlhelms "Der Stosstrupp" wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und Mitgliedern der Reichs- und der preussischen Regierung bis zum Mai verboten. Herausgeber des Blattes ist der frühere Landtagsabgeordnete Staatsanwalt Dr. Wolf in Mainz.

SPD. Genf, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor der Abrüstungskonferenz hat Reichskanzler Dr. Brüning am Dienstag bei starker Besetzung des Hauses eine Rede gehalten, in der er u. a. ausführte:

"Was bisher als Wunschbild die Geister beschäftigte, soll sich auf dieser Konferenz zum verpflichtenden Gebot des Völkerrechts verdichten. Die geschichtliche Grösse dieser Aufgabe wird vielleicht in künftigen Zeiten erst in ihrer vollen Tragweite erkannt werden, sowohl im Falle des Erfolges wie des Misserfolges. Kommt ein Misserfolg, was Gott verhüten möge, so würde die Menschheit zu spät in unerträglichen Leiden begreifen lernen, dass sie eine gute Stunde schuldhaft versäumt hat. Tritt aber das ein, was wir aus ganzem Herzen herbeisehnen, so werden die Geschichtsschreiber der späteren Zeit sagen können, dass das Zeitalter der Zusammenfassung der Welt durch die Technik dem Zeitalter der Abrüstung und des Ausbaues eines Friedens, durch das Recht des Friedens, der auf Recht und Gerechtigkeit beruht, den Weg bereitet hat. (Beifall.)

Das Friedenswerk, das mit der Gründung des Völkerbundes eingeleitet werden sollte, und durch spätere Akte, wie dem Kellogg-Pakt, weitergeleitet wurde, ruft gebieterisch nach der Durchführung des Abrüstungsgedankens als seiner naturgemässen Vollendung und Krönung. Die verantwortliche freiwillige Abrüstung aller Staaten ist neben der grosszügigen und entschlossenen Liquidation der wirtschaftlichen und finanziellen Restbestände des Krieges, die den Wiederaufbau der Welt stören, der wichtigste und dringendste Schritt, um die von der Katastrophe des Weltkrieges in ihr Lebensmark getroffene Menschheit zu neuer Gesundheit und neuem Aufstieg emporzuführen. (Beifall.) Wir alle gehören noch der Generation an, für die der Weltkrieg unmittelbares persönlich Erlebtes war. Unseren Frontkämpfern von ehemals steht sein Bild in seiner ganzen Furchtbarkeit unverwischt und unverlierbar vor Augen. Wird dieses Bild, diese Erinnerung im Geiste kommender Generationen, noch die mahnende und aufrüttelnde Lebendigkeit besitzen, die allen Hemmungen und Schwierigkeiten zum Trotz uns innerlich zum Handeln treibt, wenn es unserer Generation, der Generation der alten Kombattanten, nicht gelingt, ein Bollwerk gegen die Widerkehr solcher Katastrophen aufzurichten, wie soll es dann den Nachfahren gelingen, die die Verhinderung des Krieges wohl als Ideal, nicht aber so lebendig wie wir als unbedingte Notwendigkeit und Pflicht empfinden werden? Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste wesentliche Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muss, wenn sie einen Erfolg haben soll. Es ist der Wille zum Frieden, der in der eindrucksvollen Kundgebung zum Ausdruck kam, die letzten Sonnabend in dieser Saale stattfand. Nicht einzelne Personen, nicht Gruppen pazifistischer Träumer, sondern die organisierten Millionen der Kirche, der Arbeiterschaft und, besonders bedeutungsvoll, der Frauen, haben ihren Willen, ihr Verlangen klar zum Ausdruck gebracht. Ich bin überzeugt, dass auch jede der hier vertretenen Regierungen wünscht, dass es ihr gelingen möchte, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Wege zu erreichen. Doch das ist noch nicht der Friedenswille, der für die Bereitschaft zur Abrüstung genügt. Ich denke dabei an ein Wort, das im vergangenen Sommer von einem grossen Staatsmann jenseits des Ozeans gesprochen wurde. "Die Weltgeschichte", so sagte er, "ist eine fortlaufende Reihe missglückter Versuche, den Frieden durch Wettrüsten und Einschüchterung zu sichern. Internationales Vertrauen aber kann nicht auf Furcht, sondern nur auf gutem Willen aufgebaut werden." Daher muss der neue Wille zum Frieden die Verfolgung eines Interesses auf kriegerischem Wege, den Austrag eines Streites mit den Waffen als Mittel der nationalen Politik bewusst ausser Rechnung stellen. Unsere Einstellung darf daher nicht sein, dass jeder die Abrüstung für sich selber so wenig wie nur möglich betreiben möchte, sondern jeder muss mit ehrlichem Willen prüfen, wie weit er unter der Voraussetzung einer allgemeinen gleichen Abrüstung aller Staaten seine Rüstungen auf das im Völkerbunds-pakt vorgesehene Minimum nur irgendwie senken kann. Daher: fort mit dem Stre-

ben, die eigenen militärischen Kräfte so hoch wie möglich zu erhalten und die des Nachbarn soviel wie möglich herabzudrücken! Fort mit dem Bestreben, sich selbst mit dieser oder jener Interpretation der Bestimmungen die Möglichkeit militärischer Kraftentfaltung zu sichern und sie anderen zu nehmen! Das ist nicht der richtige Weg! Das ist der Weg, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen und den heute bestehenden unseligen Zustand des bewaffneten, auf ungleichen Rechten aufgebauten Friedens aufrechtzuerhalten.

Die Abrüstung ist unbedingt notwendig, um neben anderen bedeutsamen Schritten die unerträgliche Spannung zu beseitigen, die heute lähmend auf der ganzen Welt lastet und die Weltwirtschaft von Tag zu Tag mehr zum Stillstand bringt. Fast alle Länder ringen heute mit den ernstesten Schwierigkeiten, und ich brauche vor dieser Versammlung wohl nicht zu betonen, dass diese Schwierigkeiten in keinem Lande sich so furchtbar auswirken, wie in dem, das ich hier zu vertreten habe. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den politischen Zahlungen und den übertriebenen und ungleichen Rüstungen. Die Welt darf nicht daran zugrunde gehen, dass die Staatsmänner nicht den Mut finden können, die Erkenntnis, die sie in ihrem Innern tragen, entschlossen und einmütig zu verwirklichen. Die Staatsmänner, die hier versammelt sind, tragen zudem eine besondere Verantwortung; auf Grund eines der Welt gegebenen feierlichen Versprechens. Man wird vielleicht sagen, dass für den Staatsmann die Verantwortung gegenüber seinem eigenen Lande an erster Stelle stehe, dass die Notwendigkeit der Sicherheit des eigenen Staates jede andere Verpflichtung zurücktreten lasse. Ich vermag nicht zuzugeben, dass zwischen den richtig verstandenen eigenen Interessen und dem Gemeinschaftsinteresse der Staaten ein unlösbarer Gegensatz besteht. (Beifall.)

Ich erinnere daran, dass die Sieger des Weltkrieges bei Vorlegung ihrer Friedensbedingungen ausdrücklich als ihr gemeinsames und feierliches Bekenntnis niedergelegt haben, dass die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung sei und daher als eine der ersten Aufgaben des Völkerbundes betrachtet werden müsse. Hierin ist klar zum Ausdruck gebracht, dass die allgemeine Abrüstung die staatliche Sicherheit nicht gefährdet, sondern fördert, dass sie also mit der Verantwortung des Staatsmannes für die Sicherheit des eigenen Landes nicht im Widerspruch steht, sondern im Gegenteil gerade in ihrem Sinne liegt. Lässt sich überdies der Artikel 8 des Völkerbundspaktes, der die allgemeine Abrüstung vorschreibt und der für die vor uns liegende Aufgabe das Grundgesetz bildet, die Möglichkeit offen, bei der Bestimmung des Mindestmasses der Rüstungen jedes einzelnen Staates den Erfordernissen des nationalen Sicherheitsbedürfnisses Rechnung zu tragen? Nein, meine Damen und Herren, es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte. (Beifall.)

Grosse und kleine Staaten tragen diese Verantwortung in gleichem Masse. Denn das Grundprinzip des Völkerbundes ist die Gleichberechtigung. Vielleicht stehen diejenigen Staaten, die nicht so sehr mit den schwierigen Problemen der Weltpolitik belastet sind, diesem grossen Menschheitsziel unabhängiger gegenüber und vielleicht vermögen sie besonders klar die fernere Entwicklung zu überschauen. Ihnen allen und jedem einzelnen von Ihnen fällt darum nach unserer Ueberzeugung auf der Konferenz eine besonders wichtige Aufgabe zu. Das Deutsche Reich, für dessen Politik ich die Verantwortung trage, ist bereit, an der vor uns liegenden Aufgabe mit ganzer Seele mitzuarbeiten und nach seinen Kräften alles Verantwortbare zu tun um im Sinne der Verkünder des Abrüstungsgedankens, entsprechend ihren im Völkerbundpakt niedergelegten Grundsätzen, diese Konferenz zu einem abschliessenden Ergebnis zu führen. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Deutschland hat darauf einen rechtli-

chen und moralischen Anspruch, der von niemandem in Zweifel gezogen werden kann. Das deutsche Volk erwartet von dieser Konferenz die Lösung des Problems der allgemeinen Abrüstung auf dem Boden der Gleichberechtigung und auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle Völker. (Starker Beifall.) Unsere Delegierten sind beauftragt, mit aller Energie die Verwirklichung dieses Zieles zu betreiben. Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionentwurf, so wie er jetzt ist, nehmen. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lückenhaft und schweigt über einzelne wesentliche Punkte.

Die deutsche Delegation behält sich vor, zur gegebenen Zeit der Konferenz Vorschläge zu unterbreiten, die diesem Mangel abhelfen. Ziel dieser Vorschläge wird es sein, der allgemeinen und wirksamen Herabsetzung der Rüstungen praktische Wege zu eröffnen und dem in neuen Vertragswerken, insbesondere dem Kellogg-Pakterfolgten Verzicht auf den Krieg durch Verbot und besondere Beschränkung aller Waffen Rechnung zu tragen, die vorzugsweise dem Angriff dienen. Vorschläge, die eher einer Umgehung als einer Verwirklichung des von den Völkern erwarteten Konferenzzieles dienen können, würden auf die sachliche Kritik und den pflichtgemässen Widerstand aller derer gefasst sein müssen, die der Weltöffentlichkeit und den kommenden Generationen gegenüber sich für ein gerechtes und lebensfähiges Ergebnis dieser Beratungen verantwortlich fühlen. (Lebhafter Beifall.)

Ich mache kein Hehl daraus, dass, wie übrigens auch sonst in der Welt, in Deutschland nach manchen bitteren Erfahrungen vielfach ein starker Zweifel gegenüber den Genfer Arbeiten laut geworden ist. Aber es liegt nur an den positiven Arbeiten dieser Konferenz, solche Zweifel zu widerlegen. Ich erkläre hiermit, dass Deutschland als vollberechtigtes und vollverpflichtetes Mitglied des Völkerbundes vor dieser hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintreten wird für eine allgemeine Abrüstung, für eine Abrüstung unmissverständlicher Art, wie sie im Völkerbundspakt für alle Mitglieder in gleicher Weise vorgesehen ist, eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Mass von Sicherheit schafft. Deutschland wird im Geiste weitgehender Solidarität und Verständigungsbereitschaft, aber auch mit unbeirrbarer Energie diesem Ziele zustreben. Es bietet allen Völkern, die auf dieser hohen Versammlung vertreten sind, ehrlich seine Hand zur gemeinsamen Arbeit an diesem gemeinsamen Werke."

SPD. Hitlers Berliner Bürgerkriegsarmee, vor deren wahren Charakter man vor allem im Reichswehrministerium die Augen verschliesst, hält auf dem bei Berlin gelegenen Truppen-Übungsplatz der Reichswehr Döberitz seit längerer Zeit regelmässig Übungen ab. Darüber berichtet das sozialdemokratische "Spandauer Volksblatt" folgendes :

"Seit Wochen werden an jedem Sonntag auf den Exerzierplätzen von Döberitz grossangelegte Felddienstübungen abgehalten. Die Teilnehmer an diesen Aufmärschen sind Nationalsozialisten. In den letzten Wochen wurden bei jeder Feldübung etwa 3000 Mann gezählt, Sie kommen in der Hauptsache aus Berlin. Nach der Fahrt bis Spandau geht ein Teil zu Fuss über Staaken nach Döberitz; ein anderer Teil fährt bis Finkenkrug weiter und marschiert von da aus zum Exerzierplatz; wieder andere Gruppen benutzen zu Fuss, auf Motorrädern, Fahrrädern und Autos die Heerstrasse; und so ist an jedem Sonntag auf den Zugangsstrassen nach Döberitz ein Betrieb wie bei einer Mobilmachung.

Die Übungen gehen auf dem Gelände der Reichswehr vor sich. Vor den Ein-

gängen stehen Soldaten als Posten; das sind die Eingänge, an denen das Schild steht, dass Zivilpersonen nur mit Genehmigung der Kommandantur passieren dürfen. Die Posten sind passiv; und daraus ergibt sich, dass diese Felddienstübungen mit der Genehmigung der Reichswehr-Behörden vor sich gehen.

Jetzt ergibt sich die Frage, wie sich diese nationalsozialistischen Felddienstübungen mit dem Grundsatz der politischen Neutralität der Reichswehr vereinbaren lassen! Dies Zudrücken beider Augen ist eine Folge der Tarnung. Die offensichtlich nationalsozialistischen Übungen segeln unter neutraler Flagge! Die Mitglieder erhalten pro forma eine Mitgliedskarte des Vereins "Deutscher Volkssport" (Volkswehrsport) und zahlen jeden Sonntag 10 Pfennig Eintrittsgeld und ausserdem noch irgendeinen Monatsbeitrag, damit die Sache harmlos aussieht. Der "Volkssport" besteht in der militärischen Ausbildung; es werden alle diejenigen theoretischen und praktischen Übungen abgehalten, die zur "gewaltsamen Eroberung und Sicherung der politischen Macht" nötig sind. Auf die Dienstverschwiegenheit sind die Rekruten des Dritten Reiches offensichtlich noch nicht verpflichtet worden; denn sie prahlen auf dem Heimmarsch laut und ungeniert davon, wie man sie diesmal wieder gebimt und geschliffen habe. Wie an jedem Sonntag wurde auch am letzten Sonntag auf der Heerstrasse von den Naziotentrupps ein Terror ausgeübt, der offensichtlich in den soeben beendeten Felddienstkursen wurzelte. Passanten wurden belästigt; eine Radfahrergruppe von jugendlichen Ausflüglern wurde angehalten; einer wurde vom Rade gerissen und verprügelt; als den anderen ganz ahnungslos ihres Weges fahrenden Arbeiterjugens das gleiche Schicksal blühen sollte, trat ein "Führer" dazwischen und ermöglichte die "Flucht" der Ueberfallenen, die dann auch unter dem urüllenden Gelächter der Nationalsozialisten gelang. Polizei? Sie kam erst als alles vorbei war. Die an diesem Vorgang beteiligten Hitlerleute schoben unterdessen mit dumm-harmlosem Gesicht ihres Weges; als die Polizei ausser Sicht war, begannen die Rüpeleien von neuem.

Das sind Szenenproben für einen Bürgerkrieg; die technische Vorbereitung erfolgt auf dem Exerzierplatz der Republik. Wir fragen, wann mit diesem Skandal Schluss gemacht wird? Die Reichswehrbehörden müssen gezwungen werden, von oben her einzugreifen."

SPD. Frankfurt/M., 9. Febr. (Eig. Dr.)

Am Schlusse seiner zweitägigen Anklagerede im Favagprozess stellte der erste Staatsanwalt Meissner folgende Strafanträge:

Gegen die früheren Direktoren der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktiengesellschaft Lindner und Schumacher wegen fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue in vielen Fällen eine Gesamtstrafe von $1\frac{1}{2}$ bzw. 2 Jahren Gefängnis und Geldstrafen in Höhe von 15 000 bzw. 16 000 Mark; gegen den Berliner Vertreter der Favag, Direktor Mädje wegen fortgesetzter Beihilfe zur handelsrechtlichen Untreue eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren und eine Geldstrafe von 32 000 Mark, sowie ein dreijähriger Ehrverlust; gegen den Angeklagten Sauerbrey wegen Betrugs, Urkundenfälschung und fortgesetzter handelsrechtlicher Untreue 4 Jahre Gefängnis und 5 000 Mark Geldstrafe und gegen den Angeklagten Rechtsanwalt und Notar Dr. Kirschbaum 3 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Ehrverlust und 12 000 Mark Geldstrafe wegen Betrugs und handelsrechtlicher Untreue. Den Angeklagten Sauerbrey und Kirschbaum soll die Untersuchungshaft angerechnet werden. Der angeklagte Buchhalter Fuchs soll mit 3 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe davonkommen. Ihm wird nur in einem Falle handelsrechtliche Untreue zur Last gelegt. Die Geldstrafe soll im Falle der Nichteinbringlichkeit mit 100 Mark gleich einem Tag Gefängnis umgerechnet werden.

In der Begründung der Strafanträge führte der erste Staatsanwalt aus, dass die Angeklagten im vollen Umfang für ihre Taten und den von ihnen angerichteten Schaden verantwortlich sind.

SPD. Der Münchner Osaf und Gendarm von Hildburghausen weilt seit Diensten in Berlin. Wie es sich für ihn geziemt, hat er mit seinem "Stabe" ein ganzes Appartement in einem der vornehmsten und damit teuersten Berliner Hotels belegt. Als Zweck seiner Reise schwebte ihm vor, seiner Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl im zweiten Wahlgang den unbedingten Sieg zu sichern und zwar dadurch, dass sich die Deutschnationalen und der Stahlhelm auf den Reichspräsidenten in spe Hitler verpflichten sollten.

Hitlers Ziel ist, in dieser Republik unter allen Umständen Parteibuchbearbeiter zu werden. Wie er dazu kommen will, hat er auf der gemeinsamen Tagung der Nazi-Gauleiter und Nazi-Reichstagsabgeordneten am 3. Februar in München höchstpersönlich ausgeführt. Er spekuliert vor allem darauf, dass die Sozialdemokratie zur Reichspräsidentenwahl im ersten Wahlgange einen eigenen Kandidaten aufstellt und deshalb die Kandidatur Hindenburgs, wenn überhaupt, erst für den zweiten Wahlgang in Frage kommt. Also soll Nazi-Frick im ersten Wahlgang für Hitler den Schrittmacher spielen. Man rechnet im Braunen Haus damit dass er es bereits auf eine phantastische Ziffer bringen und unter dem Druck dieser Ziffer keine Reichsregierung länger in der Lage sein wird, Herrn Hitler weiterhin die Staatsbürgerschaft zu versagen. Ist die Spekulation gelungen - und man rechnet im Nazi-Lager damit - dann wäre der Weg für eine Kandidatur Hitlers für den zweiten Wahlgang frei und der Sieg für ihn sicher.

Auch wie er schliesslich siegen will, hat Hitler auf der Münchner Tagung der Nazis zu Beginn dieses Monats ausführlich dargelegt. Seine Gauleiter sollen während des Kampfes um die Reichspräsidentenschaft mindestens je 30 Versammlungen abhalten, vor keiner Verleumdung zurückschrecken, mit Dreck nur so um sich werfen, und davon auch den Stahlhelm nicht auszunehmen. Sie sollen, soweit das Geld zu einer Propaganda nach amerikanischem Muster fehlt, oder wie Nazi-Goebbels in seinem Berliner Blättchen bereits wiederholt grosspurig angekündigt hat, für den Wahlkampf, "wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat", Schulden machen, da für den Fall eines Sieges, der nach Hitler zum Greifen nahe ist, die Reichskasse alles zahlt. Im anderen Falle will Hitler wie 1923, als er vor dem Münchener Bürgerbräu auf dem Bauche rutschte, wieder einmal "sterben".....

Aber schon ist es mit dem Traum der Phantasten im Braunen Haus an der Harzburger Front, mit deren Einigkeit es seit ihrer Erfindung haperte, hat sich wieder einmal als papiernes Gebilde erwiesen. Der Stahlhelm hat es abgelehnt bei der Reichspräsidentenwahl für einen Nazi-Kandidaten zu stimmen und Hugenberg, der Allerweltsmann der Deutschnationalen, ist zwar für sich als Reichspräsident, aber nicht für Hitler. So sah der Osaf aus München und Gendarm von Hildburghausen am Dienstag seine Felle davonschwimmen. Er hatte sich alles bereits so schön ausgedacht und zurecht phantasiert und nun ist wahrscheinlich alles Essig. Er wird niemals Reichspräsident. Er bleibt was er ist: Gendarm von Hildburghausen!

Wer anderer Meinung ist gewähre dem Osaf und seinen Trabanten während ihres Kampfes nach amerikanischem Muster möglichst viel Kredit. Nur vergesse man nicht, vorsorglich für nach dem Kampf mit dem "Dritten Reich" zugleich die Pleite anzumelden.

SPD. Paris, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch stattete dem französischen Ministerpräsidenten Laval am Dienstag einen Besuch ab. Die Besprechung galt den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich.

SPD. Genf, 9. Febr. (Eig. Drahtb.)

Wiederum hat der Völkerbundsrat eine ausserordentliche Sitzung wegen des chinesisch-japanischen Konflikts abgehalten, ohne jedoch irgendeine Massnahme zur Beendigung des japanischen Verbrechens zu wagen. Er gab am Dienstag einzig der Demarche der Mächte, die bessere Möglichkeiten für ihr Vorgehen hätten, seinen Segen und liess sich ohne Widerrede von Japan die Demütigung gefallen, dass die Dinge nicht in Genf, sondern in Schanghai geregelt würden.

Yen-China erinnerte an die englische Ankündigung von Massnahmen zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten. Dabei setzten sich die Kämpfe immer wieder fort. Die Vorbereitungen Japans würden immer grösser. In der Mandschurei befänden sich über 60 000 japanischer Soldaten, um Schanghai mehr als 25 000. Dazu seien 27 grosse Kriegsschiffe vor Chinas Küste versammelt. Yen verlas dann eine Reihe erschütternder Telegramme über die Zerstörungen durch Brandbomben von Wohnhäusern, Bibliotheken und Universitäten, von denen unersetzliche Kulturwerte verloren gegangen seien. Japan habe im Rat erklärt, die Ausschiffung von Truppen in Schanghai sei eine mit den anderen Mächten vereinbarte Massnahme gewesen. Es sei jetzt bewiesen, dass diese Behauptung jeder Grundlage entbehre, da der japanische Admiral selbst gesagt habe, er handele auf Befehl aus Tokio, das alle Verantwortung übernehme. China sei entschlossen, auch das letzte Opfer für seine Unabhängigkeit zu bringen. Neue Massnahmen seien nötig, damit die Greuel der Japaner endlich beendet würden.

Sato Japan bestritt die Behauptung der chinesischen Delegation über die Zahl der Truppen in der Mandschurei und berief sich auf die japanischen Berichte, die die Ereignisse anders darstellten. Der erste Bericht der Untersuchungskommission bestätige bis zum 31. Januar grösstenteils seine Mitteilungen im Rat. Weil dieser Bericht vorliege und sicher ergänzt werde, halte er es für überflüssig, die japanische Darstellung zu dem Bericht des chinesischen Vertreters zu geben. Bei der Behauptung, die japanische Regierung habe keinerlei Absichten, die Feindseligkeiten in Schanghai fortzusetzen, erhob sich bei den Hunderten von Pressevertretern und im Publikum ein solches Hohngelächter, dass Paul Boncour als Vorsitzender energisch eingreifen musste, um Sato Ruhe zu verschaffen. Sato fuhr fort, die japanischen Truppen seien instruiert, nur bei Provokationen zu antworten. Mit der Zurückziehung der chinesischen Truppen hinter die verlangte Linie würden die Feindseligkeiten sofort aufhören. Alles müsste aber an Ort und Stelle geregelt werden.

Paul Boncour bat Sir John Simon über die Schritte der englischen Regierung in Schanghai dem Rat einige Angaben zu machen. Simon begnügte sich mit der Feststellung, dass zwar kein sofortiger Erfolg der Demarche erreicht würde, aber die Entsendung des Admirals Namura mit neuen Instruktionen nach Schanghai berechtige zu der Hoffnung, dass die Verhandlungen an Ort und Stelle die Ziele erreichen könnten, die auch der Rat habe.

Boncour fasste zusammen: Die erste Vorschrift der Prozedur, Nachrichtenbesorgungen einzuleiten, sowie die zweite, diese Nachrichten zu veröffentlichen, seien erfüllt. Die Verhandlungen in Schanghai, denen sich der Rat moralisch angeschlossen habe, gingen weiter. Man könne also die Errichtung einer neutralen Zone und die Einstellung der Feindseligkeiten bis zur nächsten Sitzung erwarten.

Yen-China weigerte sich, die Verhandlungen über Schanghai von denen über die Mandschurei trennen zu lassen, da dort die japanischen Feindseligkeiten ebenfalls weitergingen, wie die Besetzung Charbins beweise. Gegen japanische Waren habe keine Abneigung bestanden bis zum Einfall der Japaner. China habe die Vorschläge der Mächte im ganzen angenommen, während Japan die wichtigsten zurückgewiesen habe.

SPD. Das Berliner Nazi-Organ sagt zu der Rede des Reichskanzlers in Genf, dass Brüning "eine grosse, wohl seine letzte aussenpolitische Chance verpasst" hat.

Einer der Horcher Hitler's auf der Abrüstungs-Konferenz in Genf, der Nazi Oberst Hasselmayr erklärte nach der Rede Brünings, "die Rede Brünings sei vom Standpunkt der NSDAP aus ausgezeichnet!"

Was ist nun wahr?

SPD. London, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Gegend um Schanghai fand am Dienstag die heftigste Kanonade seit Beginn der Kämpfe statt. Die Japaner beschossen die Woosung-Forts und brachten deren Geschütze schliesslich zum Schweigen. Die Chinesen, mit neuen Munitionsenkungen ausgerüstet, gruben sich jedoch vor den zusammengeschossenen Befestigungen am Flussufer wieder ein und leisteten zähen Widerstand, den die fortgesetzten Angriffe der Japaner nicht zu brechen vermochten.

SPD. Genf, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Das "Journal de Genève" sagt zu der Rede des Reichskanzlers in Genf, dass sie von der Konferenz viel wärmer aufgenommen worden sei als irgend eine andere Rede. Die Beifallsstürme hätten zum grössten Teil der Person des Kanzlers gegolten, in der die Welt heute einen der Erhalter der sozialen Ordnung in seinem Lande und folglich in Europa sehe, Aber sie hätten auch der Mässigung und Beweglichkeit gegolten, mit der Dr. Brüning die deutsche Abrüstungsthese dargelegt habe.

In verschiedenen Delegationen der Neutralen und der südamerikanischen Länder wurde besonders der Appell des Reichskanzlers an diese Staaten, ihre Stimme mit der deutschen für die Abrüstung auf der Konferenz zu vereinigen, als sehr glücklich bezeichnet. Die französische Auffassung in Genf lässt sich in dem Wort Tardieu zusammenfassen, dass der Reichskanzler entschlossen gehen habe, was er tun musste, ohne irgend etwas zu zerschlagen.

Am Dienstag-Nachmittag verabschiedete sich der Reichskanzler von der internationalen Presse, deren Vertreter noch nie in so grosser Zahl in Genf um einen anderen Politiker versammelt gewesen waren. Nach kurzer Erläuterung des deutschen Wunsches auf baldige endgültige Lösungen für das Reparationsproblem und die Abrüstung erklärte Brüning, er hoffe, während der Abrüstungskonferenz wieder nach Genf zu kommen.

SPD. Tokio, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Der frühere japanische Finanzminister Inouye wurde in Tokio beim Verlassen einer politischen Versammlung ermordet. Der Mörder wurde verhaftet. Das Motiv der Tat ist bisher nicht bekannt.

Der ermordete ehemalige Minister ist gegen die Entsendung weiterer japanischer Truppen nach Schanghai eingetreten.

SPD. London, 9. Februar (Eig. Drahtb.)

Im englischen Unterhaus erwiderte Baldwin auf eine Anfrage des Oppositionsführers Lansbury, dass die englische Regierung dreimal offiziell in Tokio gegen das japanische Vorgehen protestiert habe. Auf weitere Fragen gab Baldwin die Versicherung ab, dass England strikte Neutralität wahren und für die Beendigung des Kampfes zwischen Chinesen und Japanern eintreten werde.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Liquidieren.

SPD. Das Organ des Herrn Goebbels hat den früheren kommunistischen Tschechokamörder Neumann, den jetzigen nationalsozialistischen Pg. Neumann gelobt, dass er einst "als aktiver Kommunist einen Spitzel liquidieren half". Einen Spitzel liquidieren - das harmlose Wort deckt einen glatten Mord! Der Jargon, den Nationalsozialisten und Kommunisten in solchen Fällen gemeinsam anwenden, sagt alles. Aus einem Mord wird eine Liquidation, die Bluttat wird zum Geschäft, Das kaufmännische Wort soll blutigem Terror als Maske dienen.

Das Wort vom Liquidieren haben indes die Nationalsozialisten nicht erfunden. Das haben die Felix Neumann und Konsorten, die die Reihen der Nazis zieren, mitgebracht. Das Wort ist gang und gäbe in der kommunistischen Bürgerkriegsliteratur. In einer dieser Schriften, die sich der bewaffnete "Aufstand" nennt, finden wir das Wort in folgender Anwendung:

"Es wurde bereits früher darauf hingewiesen, dass eine der allerdringlichsten Aufgaben des "Aufstandes", deren Lösung den Aufständischen sofort grosse Vorteile bringen wird, die Aufgabe der Liquidierung der Spitzenleitungen der Konterrevolution sein kann... Es gilt im Auge zu behalten, dass es zur Ausführung einer Aufgabe im Zusammenhang mit der Erledigung der Spitzenleitung des Feindes oder wenigstens eines Teiles dieser Leute, die infolge ihrer dienstlichen oder gesellschaftlichen Lage durch ihr aktives Vorgehen einen unmittelbar hemmenden Einfluss auf die Entwicklung des "Aufstandes" gleich zu Beginn desselben ausüben können, gewöhnlich keiner grossen Zahl von Stosstrupplern bedarf. Wenn ihr Aufenthaltort den Aufständischen durch eine sorgfältig und rechtzeitig vorgenommene Erkundung bekannt ist, so werden, um sie in ihren Wohnungen oder anderswo wo sie sich befinden, zu erledigen, einzelne kleine Gruppen von Stosstrupplern genügen, die für solche Diversionen vorher entsprechend ausgebildet und über diese ihre Aufgaben restlos instruiert werden müssen."

So sieht also das Liquidieren aus! Die kommunistische Anweisung könnte ebenso gut in den Boxheimer Dokumenten stehen, Herr Best könnte sie als praktische Gebrauchsanweisung für die Mordbanden der SA benutzen, die er loschicken will. Das Wort vom Liquidieren haben die Nazis von den Kommunisten gelernt. Es heisst jetzt nicht mehr Köpfe rollen, sondern liquidieren! Das ist ein so harmloses Wort, bei dem keiner sich Schlimmes denkt. Aber wo es Wirklichkeit wird, da fliesst Blut!

Eine höllische Phantasie.

Der Reichswehrminister Groener hat einen Erlass herausgegeben, nach dem Pazifisten nicht Mitglieder der Reichswehr werden können. Die scharfe Stellungnahme gegen den Pazifismus, die dieser Erlass zeigt, mutet zurzeit der Abrüstungskonferenz sehr sonderbar an. Welchen Geist will er leben? Wir lesen in der "Kreuz-Zeitung" die Betrachtung eines Major a.D. Kaiser zum Zukunftskrieg, in der mit Begeisterung die folgende höllische Phantasie niedergelegt wird:

"Der Gedanke des kleinen Berufsheeres ist kühn. Er verachtet die Masse und vertraut der eigenen Tüchtigkeit und Gewandtheit. Er ist soldatisch berechtigt und bestechend. Rasch, rücksichtslos, Gewalt ohne Grenzen! Das Kampfmittel kann nur das Flugzeug sein. Der Gedanke einer Nur-Luftarmee liegt nahe, so verwegen er ist. Ein Lufter von 5000 Flugzeugen ist ein so gewaltiges Kriegswerkzeug, dass es ein Millionenheer vernichten kann. Die Losung für

die Luftarmee sei in allen Fällen: Macht das feindliche Volk führerlos, erregt Panik im grössten Ausmass! Danach ergeben sich die Angriffsziele von selbst. Ein gleichzeitiger überraschender Luftangriff auf die Regierungsplätze und Wirtschaftsmittelpunkte eines Landes, der nervenzerrüttende entmutigende Einfluss auf eine gänzlich überraschte Bevölkerung, die Panik in den Städten, die Flucht der Massen aufs platte Land, die gleichzeitige wohl vorbereitete Irreführung des gesamten feindlichen Volkes durch Zettelabwurf werden das nicht so gut geordnete Gebäude des Staates und der Wirtschaft ins Wanken bringen. Die unaufhörliche Wirkung der Brandbomben, Sprengbomben und Gasbomben muss in der Bevölkerung eine derart verzweifelte Geistesverfassung hervorrufen, dass jeder geschlossene Wille zum gemeinsamen Widerstand erstirbt. Die tolle Flucht aus den Städten beginnt und die Ueberschwemmung des Landes mit verstörten, hungernden, schliesslich raubenden Menschen folgt. Die Regierungsmaschine versagt und die Störung der Ordnung treibt zum Bürgerkrieg und zur Auflösung aller Ordnung."

Wem diese höllische Phantasie besser gefällt als die Zukunftsaussicht einer Welt ohne Krieg, der mag an der Hetze gegen die Pazifisten teilnehmen! Sie offenbart einen Geist, der mit dem Wort Militarismus nicht mehr bezeichnet werden kann. Das ist schon nicht mehr Militarismus, das ist internationaler Anarchismus im Grossen!

Honorige Leute.

Sieben nationalsozialistische Studenten, die an den schweren Ueberfällen in der Berliner Universität teilgenommen haben, sind vom Berliner Schnellgericht abgeurteilt worden. Es sind alles honorige Leute, stolz auf ihre Zugehörigkeit zum Verbindungsstudententum und zur Nationalsozialistischen Partei. Das hat sie nicht gehindert mit zehnfacher Uebermacht über sozialistische Studenten herzufallen und sie zu prügeln oder ihre Körperkräfte an Studentinnen auszulassen.

Das war eine Feigheit, aber die Feigheit, die diese Burschen vor Gericht gezeigt haben, übertrifft das bei weitem! Sie haben samt und sonders auf das frechste ihre Taten verleugnet. Sie standen weder zu ihren Worten noch zu ihren Fäusten! Aus den honorigen Leuten wurden bekleckerte Schulbuben, die kläglich geschwindelt haben.

Es kommt uns vor dieser Haltung der honorigen Leute ein Ekel an. Jeder Sozialdemokrat, der im kaiserlichen Regime mit der Staatsgewalt in Konflikt kam und vor Gericht gestellt wurde, hat sich immer als Bekenner gefühlt, er hat immer zu seinen Worten und zu seinen Taten gestanden. Die Methode des erbärmlichen Lügens, wie sie von den nationalsozialistischen honorigen Leuten geübt wird, wäre ihm wie eine Erbärmlichkeit, wie eine Herabwürdigung seiner Gesinnung erschienen.

Die honorigen Bürschchen vom Dritten Reich aber kennen weder den Begriff der Moral noch den Begriff der Würde, noch den der Ehre! Sie sind in der Nationalsozialistischen Partei durch und durch verdorben worden!

Herr Rosenberg aus Riga.

Alfred Rosenberg aus Riga, Hauptmitarbeiter Hitlers, der im Kriege in Moskau studiert hat, hat im Berliner Sportpalast von der Gründung des ersten deutschen Nationalstaates grosse Töne geredet. Die Bundeszeitschrift des Stahlhelm hat Herrn Alfred Rosenberg aus Riga vorgeworfen, er arbeite mit den Methoden der "jüdischen Journaille". Herr Alfred Rosenberg aus Riga hat auf den Angriff des Stahlhelm geantwortet, aber dabei den Vorwurf, dass er mit den Methoden der "jüdischen Journaille arbeite" weder erwähnt noch zurückgewiesen. Warum wohl?

Aus aller Welt

Weltstadt Shanghai.

Das "Chicago des Ostens" - Wie es in Friedenszeiten im neuen Kriegszentrum aussieht.

Dampfer schieben sich langsam stromauf. Der Whangpufluss, breit wie ein Meeresarm, wimmelt von Schiffen, Booten, Schleppern, Barkassen, Sampans und schwarzen Dschonken. Riesendampfer führen die Flaggen aller Nationen der Erde. Das flache gelbbraune Ufer erhält landeinwärts schärfere Silhouetten. Die chinesischen Wusungforts, Baracken und Schornsteine ragen auf. Eine fast europäisch-moderne Fabrikstadt erhebt sich dicht am Fluss: Werften, Docks, Elevatoren, Krane und Maschinenfabriken mit all dem lauten aufdringlichen Lärm tailorerischer Arbeit. Die Wahrzeichen der grössten Industriestadt Chinas werden sichtbar die Spinnereien von Shanghai!

Fast die Hälfte aller Spinnereien, Seiden- und Baumwollfabriken Chinas liegen am rechten Ufer des Whangpu. Man erfährt schon durch die Firmenschilder der Fabriken, dass diese Spinnereien britischer Besitz sind. Von zehn Fabriken auf diesem Stück chinesischer Erde befinden sich acht in ausländischen Händen und die übrigen gehören auch nur dem Namen nach chinesischen Fabrikanten. Die Dockarbeiter am anderen Ufer - werden von japanischen Unternehmern ausgebeutet.

Zwischen grauen, braunen und ziegelroten Fabrikbauten taucht hie und da eine Strasse bis zum Flussufer hinunter. Grau und staubig, wie alles hier im Lande. Seltsame Gefährte huschen hin und her, einrädriige Karren, die von Kulis geschoben werden. Kostbarste Last wird auf diesen Gefährten in die Fabriken gebracht: zu vier und sechs in einer Reihe, sitzen rechts und links vom grossen Schutrade kleine, zierliche chinesische Frauen in bunten baumwollenen Kleidern, Arbeiterinnen - die stundenweit aus den Eingeborenenvierteln Shanghais hinausgeführt werden in die grossen Spinnereien und Kattunfabriken. Dort bleiben sie elf bis zwölf Stunden in pausenloser Arbeit an den Maschinen. Ihre einzige Erholung und Freude ist diese Fahrt zur Arbeitsstätte. Ist ihnen der Lohn zu niedrig, dann müssen sie draussen bleiben, vor der Stadt, in den Fabrikschuppen der Unternehmer, wo sie wie Gefangene in Konzentrationslagern behandelt und "aufbewahrt" werden.

Ein merkwürdig bizarrer Anblick für einen europäischen Arbeiter, der zum ersten Male chinesisches Land aus nächster Nähe betrachtet: diese Karren mit ihrer bunten Menschenlast und als stärksten Kontrast jene schweren Boote auf dem Flusse, die von Frauen gerudert werden, mit dem Säugling auf dem Rücken, in steter Bereitschaft, irgendeine schwere Löscharbeit zu übernehmen. Nicht selten sieht man auch zehn- bis zwölfjährige Kinder an den Ruderständen hängen, während die Mutter die Ladung übernimmt. Frauenarbeit ist in China sehr billig!

Das Uferbild verändert sich allmählich, je näher der Dampfer der Stadt kommt. Imposante Geschäftshäuser, Banken, Büros, Kaufhäuser und Klubgebäude zeigen europäische Fassaden. Nichts an ihnen verrät dem Beschauer, dass er sich im fernen Osten befindet. In der Fremdenstadt Shanghais leben zwar nur einige Tausend Europäer, aber ihre zyklischen Bauten, die den Kern der Weltstadt bilden, demonstrieren eindringlich, wer China beherrscht. Kein schwierig zu lesender Name eines Marschalls oder Mandarins ist da an den Häuserfronten zu lesen. Das Herrschaftsproblem lösen die Leuchtbuchstaben dieser europäischen Fassaden einfach: "Hongkong - and Shanghai - Banking Corporation", - "Yokohama - Specie Bank", - "Credit Foncier de l'Extreme Orient", - "Asiatic Petroleum Company" und "North China Daily News" blitzen in die Nacht. England, Amerika, Frankreich

und Japan teilen sich in die fette Beute dieses arbeitsreichen Landes! Die Wolkenkratzerhotels und Luxusbars wachsen in gleicher Masse, wie die Lebenshaltung des chinesischen Industriearbeiters sinkt.

Auch die überhebliche Fremdenstadt, zu deren Verwaltung die in ihr wohnenden Chinesen ihren Anspruch bisher vergeblich angemeldet haben, zieht vorüber. Die Chinesenstadt entfaltet sich mit zahllosen schmutzigen Strassen, kleinen niedrigen Häusern und ewigem Lärm: eine andere Welt, es gibt keine Brücke des Verstehens von dieser zu jener. Nur die Hauptstrasse des Chinesenviertels ist von europäischer Breite; hier findet man Gasthäuser mit goldverzierten Balkonen, die architektonisch schön geschmückten Gildenhäuser und vor allem die prächtigsten Läden des Fernen Ostens, unter ihnen seltsamerweise sehr viele Parfümerie- und Sarghandlungen... Alles ist zu haben an Obst, Backwaren und Leckerbissen, was einen Gaumen reizen kann. Aber die meisten der Rausende, die schwatzend und singend durch die Strassen flanieren, sind arm, entsetzlich arm. --- Vor einem Kleiderladen staut sich eine Menge, Gesang klingt auf, alte Rezitative und Chorgesänge lösen einander ab, wie bei uns in Europa auf den Schaustellungen der "Soldaten des Himmels". Plötzlich ist Pause, - und jetzt werden Anzüge und Ueberröcke angeboten, denn die Sänger waren weder Mitglieder der Oper noch der asiatischen Heilsarmee, sondern Commis, die mit Erfolg in Musik gesetzte Reklametexte zur Anpreisung ihrer Ware benutzten. - - Alle Läden sind nach der Strasse zu offen, ohne Glas und Türen. Die Handwerker arbeiten unter Aufsicht und Mitwirkung der Strasse. Fächermacher, Schuster, Elfenbeinschnitzer und Klempher sitzen bunt durcheinander. Zwischen ihnen bewegliche Antiquitätenhändler mit ihren Talmikuriosa in den grossen Kisten, auf denen noch zu lesen ist: "Made in America". - - Während gehandelt und gefeilscht wird, schieben sich einige Rischka-Kulis mit ihren Gefährten durch die Menge; Sänftenträger verlangen Platz; mit schriller Musik kündigen sich Beerdigungszüge an. Singende Lastkulis, nicht selten auch ganze Züge nur weiblicher Lastträger, tauchen auf und verschwinden ebenso schnell wie sie gekommen sind. An langen Stangen tragen sie Leime, Mörtel und Holz zu ihren oft kilometerweiten Bauplätzen. Kein Lastautomobil wird sichtbar, kaum ein Ochsenkarren. Menschliche Lasttiere sind billiger.

Februar 1932:

Dschonken und Barkassen sind vom Flusse verschwunden. Langsam schieben sich Kanonenboote, Kreuzer, Torpedoboote, Schlachtschiffe stromaufwärts. Blutrot leuchtet die Kriegssonne Japans auf den weissen Feldern ihrer Flaggen. Von ferne her dringt das hastige Bellen der Maschinengewehre, das dumpfe Donnern der Geschütze, Schanghai brennt! Selbst auf Frauen und Kinder, die sich retten wollten, wurde geschossen. Der in der Chinesenstadt gelegene Nordbahnhof ist völlig zerstört. Die Strassen seiner Umgebung sind mit Leichenteilen übersät, gierig stürzen sich ausgehungerte Hunde auf die stinkende Beute. Fliegerbomben auf die Stadtteile Hongkiu und Schapei! Die Fremdenstadt ist verbarrikadiert. Ueberall spanische Reiter und stählerne Tore, hinter denen die schwer bewaffneten Soldaten vieler Nationen auf ein Signal warten. Der Stadtpark liegt tot und still. Am Tore, dicht bei der Fremdenniederlassung, ragt ein schwarzes Schild: "Für Chinesen, Hunde und Fahrräder verboten!" - -

W.S.

+ + +
Kommunisten untereinander. Vom grossen Schöffengericht Torgar wurde wegen vorsätzlicher Brandstiftung der Unterbezirkvorsitzende der KPD, Max Dietze, zu 3 Jahren Gefängnis, der Führer des antifaschistischen Kampfbundes, Paul Ihme, wegen Beihilfe zu einem Monat, der Leiter der Kommunistischen Jugend, Kurt Beyer, wegen Beihilfe zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen den Hauptangeklagten 4 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht beantragt. Die verurteilten kommunistischen Funktionäre hatten eine Feldscheune angezündet, die mit den darin lagernden

Erntevorräten und Maschinen vollständig verbrannte. Strafanzeige hatte der gleichfalls der KPD angehörende Maurer Göhre erstattet.

"M.2"=Katapult gehoben! Den mit der Bergung des vor der englischen Küste gesunkenen U=Bootes "M.2" beauftragten Tauchern gelang die Hebung des kleinen Katapultflugzeuges des U=Bootes.

Hexenglaube - 70 Todesurteile! Das Gericht von Kenya (Britisch=Ostafrika) verurteilte 70 Eingeborene zum Tode. Die Angeklagten hatten ein als Zauberin verehrtes altes Weib vom Wakamba=Stamm beschuldigt, ihren eigenen Stammeshäuptling mit einer schweren Krankheit verhext zu haben. Die Zauberin sollte den Stammeshäuptling wieder enthexen, arbeitete aber nicht zur vollen Zufriedenheit der Schwarzen und wurde deshalb erschlagen. Von den 70 zum Tode Verurteilten wurden 10 Jugendliche "der Gnade des Königs empfohlen".

Hochzeitsschlacht. Bei einer Bauernhochzeit in Negowan (Bulgarien) entstand ein blutiger Streit wegen des Anführens beim Rundtanz. Die Rauferei und Schiesserei an der mehr als 100 Bauern und Bauernburschen beteiligt waren, dauerte über 3 Stunden. Es gab 30 Verletzte und vier Tote, unter ihnen die Brautführerin.

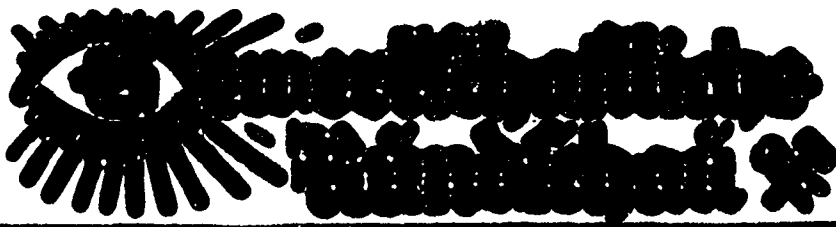
Abgebranntes Rathaus. In Guttstadt (Ostpreussen) brannte das im Jahre 1731 erbaute Rathaus bis auf das Erdgeschoss nieder. Die Löscharbeiten wurden durch die strenge Kälte aussergewöhnlich erschwert.

Glück im Autounglück. In Schwarza (Thüringen) geriet an einem Bahnübergang ein Personenauto unter die Lokomotive eines Zuges. Der Wagen wurde 40 Meter weit mitgeschleift und vollständig zertrümmert. Wie durch ein Wunder vollkommen unverletzt krochen die beiden Insassen des Autos unter der Lokomotive hervor.

Petroleum als Löschmittel. Vom Schwurgericht Kassel wurden zwei Feuerwehrleute aus dem hessischen Dörfchen Altenstedt zu 2 bzw. 1,3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die beiden Feuerwehrleute waren in einem Gebäude, dessen Brand sie zusammen mit ihren Kollegen hätten löschen sollen, zuerst in den Keller gestiegen, wo sie zu ihrer Freude ein Fass Bier entdeckten. Sie tranken einige Glas und füllten dann in kameradschaftlicher Hilfsbereitschaft die Eimer mit dem Getränk, an dem sich auch ihre Kollegen laben sollten. Dem Kollegen war aber das Bier zu trübe und zu wässrig, weshalb sie die Flüssigkeit in die Flammen gossen. Das Feuer zeigte sich dankbarer und nahm Riesenausmasse an, durch die das in Flammen stehende Gebäude bis auf die Grundmauern eingestürzt wurde, denn - das "Bier" war Petroleum.

Riesenfeuer in Swinemünde. Durch ein Grossfeuer wurden in Swinemünde die gesamten Anlagen der Panela=Aktiengesellschaft, Spezialfabrik für Holzverlebung, eingestürzt. Der Gebäude- und Materialschaden wird auf über eine halbe Million Reichsmark geschätzt.

Express=Tulpen. Dem Direktor des englischen John Innes=Gartenbau=Instituts ist es gelungen, das Blühen der Tulpen um etwa 12 Tage zu beschleunigen. Das Ziel wurde durch stärkere Erwärmung des Bodens mit Hilfe von Dampfrohren erreicht. Durch diese künstliche Wärmezufuhr gelang es auch, Unregelmässigkeiten der Färbung auszuschalten. Die englischen Blumenzüchter hoffen, auf diese Weise die englische Tulpenzucht auf eine Höhe zu bringen, die die bisher notwendige Tulpeneinfuhr aus Holland überflüssig macht oder doch einschränkt.



Wieviel Arbeitslose?

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat ihren Bericht über die Arbeitsmarktentwicklung im Reich in der zweiten Januarhälfte vorgelegt. Der Bericht besagt im wesentlichen: Die Arbeitslosigkeit hat in der Zeit vom 16. bis 31. Januar erheblich langsamer zugenommen als im vorigen Berichtsabschnitt; sie überschritt jedoch zum erstenmal die 6 Millionen-Grenze. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die den einzigen statistisch zuverlässigen Masstab für den Umfang der Arbeitslosigkeit darstellt, belief sich am 31. Januar auf rund 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um rund 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 298 000 betragen hatte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte um rund 122 000, blieb damit aber noch nahe unter 5 Millionen (4,887 Millionen).

Die Belastung der Unterstützungseinrichtungen stieg stärker als die des Arbeitsmarktes, da in der Berichtszeit auch für solche Arbeitslose die Wartezeit ablief, die vor dem letzten Stichtag arbeitslos geworden waren. Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung rund 1 885 000, in der Krisenfürsorge rund 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt; die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug rund 1,7 Millionen. Von einer Zunahme um insgesamt 155 000 entfielen rund 106 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 49 000 auf die Krisenfürsorge. Ende Januar standen somit rund 3,5 Millionen Hauptunterstützungsempfänger, rund 1,7 Millionen Wohlfahrtserwerbslose gegenüber.

Die Arbeitslosigkeit hat in den landwirtschaftlichen Berufen besonders der östlichen Bezirke und im Baugewerbe noch etwas zugenommen. Die Wiederaufnahme in einzelnen Steinbruchbetrieben konnte keinen Ausgleich schaffen. In südlichen und westlichen Gebieten ermöglichte die günstige Witterung einen vorzeitigen Beginn der landwirtschaftlichen Bestellarbeiten mit dem Stammpersonal.

In den Produktionsgüterindustrien hat die Abwärtsentwicklung im allgemeinen angehalten. Besonders schwer scheint der Kohlenbergbau betroffen: die Entlassungen von Bergarbeitern im Ruhrkohlenbergbau beliefen sich am 31. Januar auf rund 5 000 Mann, zum 15. Februar sind etwa 4 000 weitere Kündigungen ausgesprochen, und die Zahl der arbeitstäglichen Feierschichten ist von etwa 32 000 im Dezember auf mehr als 35 000 im Januar gestiegen. Auch in den anderen Steinkohlenbezirken und im Braunkohlenbergbau fanden grössere Entlassungen statt. In den Hütten- und Walzwerken des westlichen Bezirks wurden Arbeitskräfte freigesetzt, in den oberschlesischen Betrieben hielt die Kurzarbeit an.

Der Arbeitsmarkt der metallverarbeitenden Industrie erfuhr in Westfalen eine leichte Entspannung; in allen übrigen Bezirken ging der Beschäftigungsgrad - besonders infolge der Ausfuhrerschwerungen - weiter zurück. Der Arbeitsmarkt im Holz- und Schnitzstoffgewerbe erlitt eine weitere, jedoch mässige Verschlechterung. In einzelnen Branchen und Bezirken des Spinnstoffgewerbes, in der Konfektion und zum Teil auch in der Schuhindustrie ist eine leichte, überwiegend saisonbedingte, Belebung eingetreten. In der Tabakverarbeitung und im Süsswarengewerbe hat sich die seit der Jahreswende bestehende Besserung behauptet und zu beträchtlichen Neueinstellungen geführt. Auch die Zellstoff- und Papierindustrie hat in verschiedenen Bezirken ihren Beschäftigungs-

grad verbessert. Das Verkehrsgewerbe und die Lohnarbeit wechselnder Art konnten im ganzen noch keine Besserung des Beschäftigungsgrades erreichen. Die Entlassungen aus häuslichen Diensten setzten sich infolge der allgemeinen Einschränkung der Lebenshaltung fort. Auf dem Arbeitsmarkt der Angestellten überwogen die Zugänge.-

+ + +

Also Ende Januar 6 041 000 bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose! In der kommunistischen Presse war vor kurzem von 8 Millionen Arbeitslosen die Rede. Das ist eine Übertreibung. Richtig ist, dass die Zahl 6 041 000 noch nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit erfasst. Die Gewerkschaften schätzen die von der Statistik der Arbeitsämter nicht oder nicht mehr erfassten Arbeitskräfte auf etwa 600 000. Sie stellen ein buntes Gemisch von ganz und halbarbeitslosen zum Teil auch nicht mehr arbeitslosen Existenzen dar. Unter ihnen befinden sich Leute mit Gelegenheitsbeschäftigung, die nicht versicherungspflichtig, aber auch nicht voll arbeitslos sind, ferner die aus der Arbeitnehmertätigkeit ausgeschiedenen verheirateten Frauen, bei denen infolge der Beschäftigung des Mannes angeblich eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Arbeitnehmertätigkeit nicht mehr vorliegt, sowie die unverheirateten weiblichen Arbeitskräfte, die heute wieder im Haushalt des Vaters sich betätigen. Es handelt sich hier um eine verhältnismässig grosse Gruppe aus den Angestelltenberufen, die im Laufe der letzten Monate abgebaut wurde. Dazu kommt eine Reihe von Existenzen, die aus der Arbeitnehmertätigkeit ausgeschieden sind und sich heute mit einem festen oder fliegenden Obst-, oder Zigarrenlädchen oder mit einem Bücherkarren oder als Provisionsreisende notdürftig eine Existenz geschaffen haben, ferner Firmenvertreter, die ihre Arbeit als Selbständige durchführen, damit die Sozialbeträge gespart werden. Schliesslich kommen hier zahlreiche jugendliche Arbeitskräfte in Betracht. Jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren erhalten in vielen Fällen keine Unterstützung mehr und sind deshalb, soweit das noch möglich ist, ins Elternhaus zurückgekehrt. Die Zahl der Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt aber ist infolge des Geburtenausfalls während der Kriegsjahre um etwa 150 000 zurückgegangen. Bei vielen dieser nicht mehr erfassten Existenzen besteht, wenn sie auch nicht als vollständig arbeitslos betrachtet werden können, doch in den meisten Fällen Bedürftigkeit.-

Die Arbeitslosenversicherung betreut zurzeit, wie aus den neuen Ziffern der Reichsanstalt hervorgeht, über 36 % der Unterstützungsempfänger. Damit ist die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung, die von manchen Leuten bereits für abbaureif erklärt wird, von neuem unterstreichen.

SPD. Die Vorschläge des Preisüberwachungskommissars Dr. Goerdeler für einen Umbau des Arbeitslosenschutzes sind bei den freien Gewerkschaften auf scharfe Ablehnung gestossen. Der dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst bemerkt dazu, dass man Goerdeler's Reformpläne mit einer "allzu einfachen Ablehnung" oder mit Totschweigen nicht abtun könne; denn es handle sich doch um eine völlige Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung in ihrem Aufbau wie hinsichtlich ihrer Träger. Goerdeler solle seine Pläne daher der Öffentlichkeit ausführlich vorlegen.

Wir sind damit einverstanden, denn wir überzeugt sind, dass alsdann Goerdeler's Reformpläne auch in der breiten Öffentlichkeit und scharfe Ablehnung stossen werden. Wie wir hören, ist bereits ein ausführlicher Reformplan von Goerdeler ausgearbeitet. Warum verabreicht er seine Medizin tropfenweise? Warum soviel Rücksicht? Nur heraus mit der Sprache!

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat in seinen Sozialreformplänen mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das ist mit ein Grund, warum die in Aussicht genommenen Besprechungen des Ministeriums mit den interessierten Organisationen noch nicht stattfinden konnten, und die erste Dühlungnahme des Ministeriums mit den Ländern hat gezeigt, dass auch von dort her den Reformplänen starke Widerstände erwachen.

Die Unternehmer haben, wie man jetzt bereits ganz deutlich beobachten kann, an einer wirklichen Reform, d.h. an einem zweck- und sinnvollen organisatorischen Umbau der Sozialversicherung kein Interesse. Sie wollen Rentenabbau. Das ist für sie die Hauptsache. Ganz krass tritt das vor allem in der Unfallversicherung zu Tage. In ihr gibt es starke und schwache Berufsgenossenschaften, da die Krise sich in den verschiedenen Berufen verschieden stark ausgewirkt hat. Von einer Gemeinlast zur Stützung der schwachen Berufsgenossenschaften will man aber auf Unternehmerseite nicht viel wissen. Sobald die Frage der Gemeinlast angetippt wird, erklären die Herren, es gehe den Berufsgenossenschaften im grossen und ganzen gar nicht schlecht. Auch von einer Sanierung durch Abbau der übergrossen Verwaltungsspesen will man noch immer bei den Unternehmern nichts wissen. Aber Rentenabbau, womöglich bis zu 20 %, den fordert man. Diese Forderung ist geradezu eine Anmassung, nachdem die Notverordnung die Unfallrenten schon fürchterlich stark mitgenommen hat.

In der Invalidenversicherung möchten die Behörden in Ländern und Provinzen noch mehr Einfluss, statt sich mit einer Zusammenfassung und Vereinfachung des komplizierten organisatorischen Apparats abzufinden. Das Reich will Einfluss, weil es, wenn Not am Mann ist, helfend einspringen soll. Alle wollen Einfluss - nur von dem Einfluss der Versicherten ist kaum die Rede. Gerade die Stärkung dieses Einflusses aber wäre eine Hauptaufgabe für eine Sozialreform, die diesen Namen verdient; denn die Stärkung des Einflusses der Versicherten ist ein bis heute noch nicht eingelöstes Versprechen der Verfassung.

Eine "Sozialreform", die in nichts anderem als in einem neuen Rentenabbau und vielleicht noch einer Verschlechterung des Streitverfahrens bestünde, kann uns gestohlen bleiben. Wenn schon, denn schon. Wenn schon reformiert werden soll und muss, dann bitte keine Pfuscharbeit! Und wenn das mit Schwierigkeiten verknüpft ist, dann soll man lieber im Reichstag zunächst einmal sich gründlich mit den ins Auge gefassten Plänen und Vorschlägen beschäftigen, wie das ja auch der Reichsarbeitsminister vorhat, und die Dinge lieber nicht übers Knie brechen.

SPD. Die Wohlfahrtserwerbslosen haben nach einer Meldung des Deutschen Städtetages im Januar zahlenmässig wieder erheblich zugenommen. In den Städten mit über 25 000 Einwohnern (mit einer Gesamtbevölkerung von 25 Millionen) waren am Ende Januar 1 159 000 Wohlfahrtserwerbslose (Dezember 1 108 000) erwerbslos. Das wäre ein Zustrom zu den Wohlfahrtsämtern von rund 8 %. Mehr als ein Zehntel der Wohlfahrtserwerbslosen (insgesamt 124 000) sind Jugendliche unter 14 Jahren. Ausser den Wohlfahrtserwerbslosen mussten die Städte mit über 25 000 Einwohnern Ende Januar noch 176 000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge laufend zusätzlich betreuen (davon 100 000 Krisenfürsorgeempfänger).

SPD. Der Einheitsverband der Handel- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, der in Leipzig seinen Sitz hat, hat sich als Gesamtorganisation dem Kampfausschuss der Eisernen Front angegliedert. Seine Gau- und Ortsgruppenverbände werden angewiesen, sich an den bezirklichen bzw. örtlichen Aktionen der Eisernen Front zu beteiligen.

Reichsstädtebaugesetz.

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstages hat dieser Tage mit der Beratung des Reichsstädtebaugesetzes begonnen. Mit Recht hat der Reichstagsausschuss den Wunsch der Regierung abgelehnt, die Vorlage zurückzustellen. Man tat das wohl aus bevölkerungspolitischen Ueberlegungen heraus. Auf dem Baumarkt ist ein Stillstand eingetreten. Was das bedeutet, werden wir erst merken, wenn sich die Bevölkerung noch mehr als bisher in schlechten und unzulänglichen Wohnungen zusammen drängen muss. Jahre und Jahrzehnte im Kampf um gesunde und soziale Wohnungen werden verloren sein, wenn es nicht endlich gelingt, auf unserem Baumarkt wieder Ordnung zu schaffen, wenn es nicht gelingt, unserer ganzen Bauwirtschaft eine genügend breite Grundlage zu geben. In diesem Zusammenhang ist das Reichsstädtebaugesetz zu würdigen.

Es wird nicht an Einwänden fehlen, die die ganze Materie der Gesetzgebung der Länder vorbehalten wollen. So befasst sich z.B. der sächsische Landtag gerade mit einer Modernisierung der sächsischen Baugesetze. Auch in Preussen ist jahrelang an dem Städtebaugesetz herum beraten worden, leider ohne ein Ergebnis. Eine reichsgesetzliche Regelung ist damit zu begründen, dass einmal viele Planungsaufgaben wirtschaftlich zusammengehörende Gebiete erfassen müssen, die aber durch die alten dynastischen, erb-, heirats- und eroberungspolitisch entstandenen Grenzen durchschnitten sind. (Halle - Leipzig, Mannheim-Ludwigshafen, Hamburg-Altona). Ausserdem haben sich aber gerade auf dem Gebiete der Stadtplanung Widersprüche zwischen dem Länderrecht und dem von der Reichsverfassung garantierten Recht am Eigentum ergeben, die jede Aufstellung eines Städtebauprogramms, die den Notwendigkeiten einer gesunden Entwicklung Rechnung trägt, zu einer Katastrophe der städtischen Finanzen machen musste. Damit war jede Arbeit an Aufgaben unterbunden, die nun einmal ohne Schaden für die gesamte Bevölkerung nicht stagnieren dürfen. Daher hat ja die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schon eingegriffen und den Gemeinden das Enteignungsrecht für notwendige Freiflächen sichergestellt.

Die lebhafteste politische Debatte wird sich bei den Parlamentsverhandlungen voraussichtlich um diejenigen von den 97 Paragraphen des Entwurfs entspinnen, die der Gemeinde die Bodenflächen sichern sollen, die sie zur Durchführung der Verkehrs-, Siedlungs- und Freiflächenaufgaben haben müssen. Abgesehen von der Möglichkeit der Enteignung (§§ 43 - 77) sollen die §§ 78 - 83 ein Vorkaufsrecht der Gemeinde für unbebaute Grundstücke schaffen. Ausgenommen sind Verkäufe an Reich, Länder, Gemeinden, gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen, nahe Verwandte und solche Grundstücke, die weiter landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzt werden sollen. Damit würde die Gemeinde Gelegenheit haben, die Flächen, die sie für öffentliche Zwecke benötigt, schon zu erwerben, ehe sie noch die Stufenleiter der spekulativen Wertsteigerung erklimmen haben.

Ebenso bedeutungsvoll ist die Klarstellung der "angemessenen Entschädigung", die für die Entziehung und Beschränkung des Eigentums oder sonstiger Rechte durch Massnahmen im Sinne dieses Gesetzes, nach § 84 grundsätzlich zu leisten ist. Für land-, forst- oder erwerbsgärtnerisch genutzten Flächen ist nämlich der gemeine Wert, bei allen übrigen Grundstücken der Wert, der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes errechnet ist, zu Grunde zu le-

legen, d.h., dass nur der Wert vergütet werden soll, mit dem das Grundstück versteuert worden ist. Das ist ein Verfahren, das in Amerika und England ebenfalls angewandt wird, und das unsere Städtebauer schon seit langem fordern. Damit können Spekulationen auf Wertsteigerungen, die erst als Folge der geplanten städtebaulichen Massnahmen zu erwarten sind, am wirkungsvollsten unterbunden werden. Das Fehlen dieser gesetzlichen Bestimmungen hat z.B. die Stadt Berlin bei den Sanierungen und Untergrundbahnbauten am Alexanderplatz mehrere Hundert Millionen gekostet und ist mit die Hauptursache der Berliner Finanzschwierigkeiten. Die Spekulation auf Kosten der Gemeinden hat schon in vielen Städten die Durchführung unbedingt notwendiger Aufgaben, wie etwa die Strassenverbreiterung an gefährlichsten Kreuzungen u.a.m., vereitelt.

Der Schutz vor den Gefahren der Grundstücksspekulation ist um so notwendiger, als der Entwurf gleichzeitig mit der Geheimniskrämerei der städtebaulichen Planung aufräumen will. Die Absichten der Verwaltung sollen in einem "Wirtschaftsplan" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dadurch sollen die bisherigen Flächenaufteilungspläne, Nutzungspläne, Generalbebauungspläne und ähnlich benannte Zukunftshoffnungen der Stadtverwaltungen, die entweder in den geheimsten Geheimakten ruhten oder, wenn sie überholt waren, als Ausstellungsstücke paradierten, abgelöst bzw. soll ihnen ein gesetzlich begründetes Lebensrecht verliehen werden.

Dieser Wirtschaftsplan soll nun die für die Zukunft erstrebte Verteilung des Stadtgebietes wiedergeben: die land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die Verkehrsflächen (d.h. die Hauptstrassen, Parkplätze für Kraftfahrzeuge, die verschiedenen Bahnen mit Bahnhöfen und sonstigen Nebenanlagen, Schiffahrtsstrassen, Häfen, Flughäfen), Baugebiete, getrennt nach reinen Wohngebieten und mit gewerblichen Anlagen gemischten Gebieten, Industrieflächen, Bergbauflächen und Grünflächen. Zu den Grünflächen zählen die aus Gründen der Volksgesundheit erforderlichen Parks, Spiel- und Sportplätze, Kleingartenflächen, Friedhöfe und Urenenhaine, wasserwirtschaftliche Anlagen usw.

Als Warnung für etwaige Spekulationen ist nach § 9 des Entwurfs bei der Bekanntgabe darauf hinzuweisen, dass der Plan unverbindlich und ohne Rechtswirkung ist. Er ist dauernd der Entwicklung anzupassen und mindestens im Abstände von 5 Jahren nachzuprüfen und erforderlichenfalls abzuändern. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, dass ein nach Laune der Stadtväter beliebig umzumodelndes Phantasiebild gemalt werden soll. Vielmehr sollen diese nach eingehender Prüfung der örtlichen Gegebenheiten (Klima, Gelände- und Bodenverhältnisse, Verkehr, Wohnungsverhältnisse, Berufsgliederung) in jeder Beziehung möglichst vorteilhafte Verteilung der vorgenannten Flächengruppen herbeiführen. Bei der willkürlichen Verwertung des jeweiligen Grundbesitzes wäre diese wirtschaftlich günstigste Ausnutzung des Bodens nicht einmal im Interesse des Einzelnen, vielweniger im Gesamtinteresse gesichert; §§ 29-31 regeln daher die Umlegung, Grenzberichtigung und die Massnahmen zur zweckmässigeren Gestaltung von Grundstücken.

Nach Bedarf sollen diese Wirtschaftspläne in rechtsgültige Bebauungspläne umgewandelt werden, die über den Rahmen der bisherigen Fluchtlinienpläne hinausgehen, in dem zugleich die Bebaubarkeit und die Bauarbeit festgelegt wird. Auch sollen die neueren Erfahrungen im Wohnungsbau, die Erfahrungen mit Einzel- und Doppelreihen, Wohnwegen u.a.m. berücksichtigt werden. Eine wesentliche Erleichterung für die Geländeerschliessung ist die in § 36 vorgesehene Umlegung der Anliegerbeiträge zu Einheitssätzen für das ganze Stadtgebiet oder Teile bzw. die Umlegung der Strassenbaukosten grösserer Einheiten nach der zulässigen Grundstücksausnutzung. Damit würden besonders die für Eckgrundstücke ungerechte Belastung nach der Frontlänge beseitigt werden.

SPD. Von den rund 306 Millionen Mark, um die die Reichsbank ihren Kredit zur Ueberwindung des Januarultimos erweiterte, sind in der ersten Februarwoche 210,2 Millionen Mark zurückgeflossen. Damit sinkt die Summe des von der Reichsbank gewährten Kredits auf 3 773,4 Millionen Mark gegenüber 3 983,6 Millionen Mark Ende Januar. Der Bestand an Handelswechseln und Schecks macht 3 461,7 Millionen Mark aus gegenüber 3 631,8 Millionen Mark Ende Januar. Die Bestände an Reichsschatzwechseln werden mit 22,1 Millionen Mark angegeben (Ende Januar = 32,7 Millionen Mark) und die Lombardbestände mit 129 Millionen Mark (Ende Januar = 158,3 Millionen Mark). Die seit Wochen zu beobachtende Tendenz einer weiteren Wirtschaftsschrumpfung prägt sich deutlich in diesen Zahlen aus. Daneben geht eine anhaltende Verminderung der Deckungsreserve. Für das Jahr 1932 ergibt sich folgende Entwicklung:

	1. Januarwoche (in Millionen	1. Februarwoche 1932 Mark)
Gesamte Kreditgewährung	4 130,8	3 773,4
Davon Handelswechsel u. Schecks	3 854,1	3 461,7
Währungsreserve insgesamt	1 141,3	1 075,7
Goldbestände	979	928
Deckungsdevisen	162,3	146,8

In der ersten Februarwoche verringerte sich die Währungsreserve um rund 17,8 Millionen Mark. Bei den Goldbeständen ist allein ein Verlust von 19,5 Millionen Mark festzustellen, während die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,7 Millionen Mark zugenommen haben. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen beträgt für die erste Februarwoche 25,1 Prozent gegenüber 24,8 Prozent in der letzten Januarwoche und 24,9 Prozent in der ersten Januarwoche.

+ + +

Dass die anhaltende Verminderung der Deckungsreserven die Reichsbank vor eine neue Situation stellt, braucht nicht betont zu werden. Anscheinend hat man bei der Reichsbank mit einem Absinken der Devisenbestände bzw. mit einem Absinken in derartigem Umfang, wie wir das nun seit Wochen erleben, nicht gerechnet. Dazu kommen andere Sorgen. Man hat am Montag in Basel den im Sommer 1931 gegebenen Währungskredit wohl verlängert. Aber man wird nicht geneigt sein, die Verlängerung immer wieder zu vollziehen. Einmal wird der Tag kommen, an dem die beteiligten Länder hinsichtlich dieses Währungskredits einen Abzahlungsplan fordern werden. Frankreich hat schon bei der diesmaligen Verlängerung Schwierigkeiten gemacht.

Allem Anschein nach will man mit dem Erlass neuer Bestimmungen, wenn auch gerade nicht mit einer neuen Notverordnung, gegen das Uebel der Gold- und Devisenabziehungen experimentieren. Wozu bemerkt werden muss, dass die bisherigen Verordnungen, wenn man sie wörtlich durchführte oder sie genau durchführen könnte, völlig ausreichen. Man denkt bei dem Erlass von neuen Bestimmungen wohl in erster Linie an die Effektenverkäufe des Auslandes in Deutschland. Die erzielten Beträge werden nämlich nach dem Ausland geschafft und von den ausländischen Banken in Deutschland angelegt, aber so angelegt, dass man über sie "verfügen" d.h. sie zum Erwerb von Devisen benutzen kann. Diese Machinationen sind bereits verboten und durch ein weiteres Verbot wird man nicht hindern können, dass diese Schiebereien immer wieder vorgenommen werden. Viel mehr versprechen wir uns von einer schonungslosen Anwendung der Strafbestimmungen.

Der Hauptgrund für die Devisenabziehungen scheint auch in erster Linie auf dem Gebiet des Aussenhandels zu liegen. Wir haben die grossen Exportüberschüsse des deutschen Aussenhandels, die bis an 400 Millionen Mark monatlich gingen, als Krisenzufall und vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Wir haben immer gesagt, dass hier infolge Schrumpfung des gesamten Welthandels früher oder später ein Rückschlag eintreten muss. Diese Rückschläge scheinen sich,

gemessen an unserem Deviseneingang, der zu wünschen übrig lässt, viel früher einstellen zu wollen als man angenommen hat. Der deutsche Export muss sich, an Deviseneingang gemessen, auf stark abfallender Linie bewegen. Die Dummheiten der deutschen Handelspolitik, z.B. die Erhöhung des Butterzolles, womit wir wichtige Abnehmerländer vor den Kopf gestossen haben, dürften zusammen mit den Abwehrmassnahmen des Auslandes gegen den sogenannten unerwünschten Import, der Pfundentwertung usw. dazu beigetragen haben. Wenn man in Deutschland handelspolitischen Dummheiten macht, geht man über Warnungen leicht hinweg. Dem heisst es, das Ausland werde sich damit schon abfinden. Das "dicke Ende" kommt aber hinterher und wie dieses "dicke Ende" aussieht, zeigt das Schwinden unserer Währungsreserve.

Die unbefriedigende Devisenlage in Deutschland kommt um so überraschender, als man wohl allgemein, auf entsprechende Erklärungen der Reichsbank gestützt, annahm, dass die ungeheuer hohen Exportüberschüsse gegen Ende des Jahres 1931 sich erst im neuen Jahre, also im Anfang des Jahres 1932, im Devisenzufluss bemerkbar machen würden. Jetzt scheinen die Dinge so zu liegen, dass einem Exportüberschuss von 300 bis 400 Millionen Mark pro Monat ein Deviseneingang gegenübersteht, der noch unter der Hälfte dieser Summe liegt. Es mag sein, dass die deutschen Exporteure unter dem Krisendruck all zu sehr "auf jeden Fall" verkauft haben, dass man nach Ländern exportiert hat, von denen man jetzt kein Geld bekommen kann, also nach solchen Ländern wie Finnland, Oesterreich, Ungarn usw., die einer Notenausfuhr Schwierigkeiten bereiten. Mit Gut haben, die aber im Auslande sind, kann man den Devisenbeständen der deutschen Reichsbank kein neues Blut zuführen. Sie bedeuten für unseren Deviseneingang empfindliche Ausfälle. Andererseits darf man annehmen, dass vielfach Exportforderungen von deutschen Exporteuren in langfristige Guthaben umgewandelt werden. Das wäre dann eine neue Auflage der Kapitalflucht, die wir angesichts der Entwicklung unseres Aussenhandels und der Devisenbilanz der Reichsbank im Jahre 1931 schon immer angenommen haben.

SPD. Halle erlebt gegenwärtig die Versteigerung des "Roten Proviantamtes", des ehemaligen Konsumvereins, der unter die Herrschaft der Kommunisten geriet und von diesen in kurzer Zeit zugrunde gerichtet wurde. Auf der Versteigerung im Juni vorigen Jahres liessen die Kommunisten eine gewisse Frau Mentona Moser aufmarschieren. Sie brachte wohl 50 000 Mark Anzahlung über; nicht die Gesamtsumme von 500 000 Mark. Die Kommunisten erreichten damit ihren Zweck, bis zum nächsten Versteigerungstermin im "Roten Proviantamt" schalten und walten zu können. Bei dem jetzigen Versteigerungstermin ist Frau Mentona nicht mehr als rettender Engel erschienen. Dagegen bot die Hallische Brotgesellschaft m.b.H. und erhielt auch den Zuschlag mit 409 000 Mark. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, dass hinter dieser Brotgesellschaft, die am Tag vorher gegründet wurde, ebenfalls die Kommunistische Partei steht. Geschäftsführer ist ein Schlosser aus Halle, der als linientreuer KPD-Funktionär bekannt ist. Man darf gespannt sein, ob die Brotgesellschaft in zwei Wochen die erforderlichen Zahlungen leistet.

Matter bei grösserem Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 9. Febr.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in matter Haltung. Die Preise für Roggen konnten am Markte der Zeitgeschäfte noch etwas anziehen, da das Angebot weiter sehr knapp war. Weizen dagegen hatte ausgesprochen, schwere Tendenz und verlor am Markte der Zeitgeschäfte 1 bis $1\frac{1}{2}$ Mark, während die Lokenotiz um 1 Mark herabgesetzt wurde. Das Angebot ist etwas stärker geworden. Da die rheinischen Mühlen keine Käufe mehr tätigen, drängte das Angebot nach Berlin, wo das Material gleichfalls schwer abzusetzen war. Auch Roggenmehl fand nur wenig Käufer. Die Forderungen der Mühlen blieben einstweilen noch unverändert. Hafer hatte ruhiges Geschäft. Die Forderungen der Eigner lauteten zwar unverändert, waren jedoch bei den Käufern nur schwer durchzusetzen.

	8. Februar	9. Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	242 - 244	241 - 243
Roggen	194 - 196	193 - 195
Braugerste	160 - 168	160 - 168
Futter- und Industriegerste	153 - 157	153 - 157
Hafer	138 - 146	138 - 146
Weizenmehl	29,00-33,00	29,00-33,00
Roggenmehl	27,20-29,30	27,00-29,00
Weizenkleie	9,50- 9,90	9,50- 9,90
Roggenkleie	9,50- 9,90	9,50- 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $252\frac{1}{2}$ - $251\frac{3}{4}$ (Vortag 253), Mai 260-259 ($260\frac{3}{4}$). Roggen März $201\frac{1}{2}$ -202 Geld ($201\frac{1}{2}$), Mai 209- $209\frac{1}{2}$ ($208\frac{1}{2}$), Hafer März $152\frac{3}{4}$ - $152\frac{1}{2}$ ($152\frac{3}{4}$), Mai 159 $\frac{1}{4}$ -158 $\frac{3}{4}$ (160).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 9. Febr.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)		RM	0,80 - 1,00
" Weizenstroh	"	"	0,60 - 0,70
" Haferstroh	"	"	0,70 - 0,85
" Gerstenstroh	"	"	0,65 - 0,75
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt		"	0,85 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh		"	0,75 - 0,85
" Weizenstroh		"	0,60 - 0,70
Häcksel.	Tendenz behauptet	"	1,35 - 1,55
Handelsübliches Heu, gesund und trocken		"	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken		"	1,70 - 2,00
Luzerne, lose		"	2,40 - 2,70
Thymothee, lose		"	2,35 - 2,65
Kleeheu, lose		"	2,25 - 2,55
Mielitz-Heu, lose, rein		"	-
" " " (Warthe)		"	-
" " " (Havel)		"	-
Drahtgepresstes Heu	Tendenz stetig.		30 Pfg. über Notiz.

Berliner Viehmarkt.

(9. Februar).

SPD. Der Dienstagmarkt brachte Preissteigerungen auf der ganzen Linie, die aber wohl ausschliesslich auf nicht genügendem Angebot beruhen. Das gilt insbesondere für den Kälbermarkt, wo bei glattem Handel das Angebot nicht ausreichte. Hier nahmen die Preissteigerungen ein starkes Ausmass an. Auch auf dem Schweinemarkt versuchten die Verkäufer, höhere Preise zu erzielen, was auch in allen Klassen gelang. Nicht so ganz einheitlich waren die Preissteigerungen auf dem Hammelmarkt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfund) 41-42 (40), c) (200-240 Pfd.) 40-41 (38-40), d) (160-200 Pfd.) 38-39 (35-38), e) (120-160 Pfd.) 35-36 (33-34). Sauen 36-38 (35-36). Kälber: b) 38-45 (35-42), c) 30-37 (26-34), d) 20-28 (18-25). Schafe: b) 37-40 (38-39), c) 33-36 (33-36), d) 24-30 (25-30). Kühe: a) 24-26 (25-27), b) 20-23 (20-24), c) 16-19 (16-19), d) 12-15 (12-15).

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft gibt ihren Umsatz für den Monat Januar mit 4,021 Millionen Mark an, den Umsatz für die ersten sieben Monate des laufenden Geschäftsjahres mit 37,81 Millionen Mark. Im laufenden Geschäftsjahr sind der Genossenschaft rund 13 380 Haushaltungen beigetreten, im Monat Januar 1932 allein 771. Der Zugang bei der Sparkasse betrug im Januar 705000 Mark. Die Einlagen werden für Ende Januar 1932 mit 34,79 Millionen Mark angegeben.

SPD. Die schlimme Krise in der oberschlesischen Montanindustrie scheint für Generaldirektoren und Direktoren noch nicht zu bestehen. Wie uns aus Oberschlesien berichtet wird, wird gegenwärtig in Gleiwitz eine Villa erneuert und umgebaut. Der Spass soll schätzungsweise 30 000 Mark kosten. Künftiger Bewohner dieser mit Aufwendung einer immerhin grossen Summe umgebauten Villa ist ein Direktor vom Oberhüttenkonzern. Obwohl die Oberhütten geradezu in geldlichen Schwierigkeiten versinken, sind also immer noch Mittel zur Befriedigung der Wohnungsansprüche der Herren Direktoren da. Dagegen wird bei der Arbeiterwohnungen natürlich gespart.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,50 - 1,60, rote Kartoffeln 1,70-1,90, Odenwälder Blaue 1,80 - 2,00, andere Gelbfleische ausser Nieren 2,10 - 2,30 Mk. Fabrikkartoffeln 8,25-9,25 Rpf pro Stärkeprozent. Exportware über Notiz.